

SITZUNG DES VORSTANDS DER ETF

15. JUNI 2011

PROTOKOLLS

1. Einleitung

Die Sitzung des Vorstands der ETF findet am 15. Juni in Turin statt, den Vorsitz führt Jan Truszczyński, Generaldirektor der GD Bildung und Kultur der Europäischen Kommission.

Die neuen Vorstandsmitglieder für Portugal (Nuno Nobrega Pestana, Mitglied), Dänemark (Torben Kombech Rasmussen, Mitglied, und Hanna Dam, stellvertretendes Mitglied), Deutschland (Ingrid Muller-Roosen, stellvertretendes Mitglied) und Irland (Pat Hayden, Mitglied) werden willkommen geheißen. Salih Çelik, Türkei, nimmt als Beobachter aus den Partnerländern teil. Alle vom Europäischen Parlament ernannten unabhängigen Sachverständigen, Jean Stamatis Paleocrassas, Sara Parkin und Jean-François Mezières, nehmen an der Sitzung teil. Ferner nehmen die Kommissionsbediensteten Gerhard Schuman-Hitzler, Direktor, GD Erweiterung, Hjordis Ogendo, GD DEVCO, Michael Morass, Referatsleiter in der GD EMPL, Belén Bernaldo de Quirós, Referatsleiterin, und Elena Pascual Jiménez von der GD Bildung und Kultur teil. Der Europäische Auswärtige Dienst wird von Miriam Brewka Pino vertreten, das Cedefop von Loukas Zahilis. Die Personalvertretung der ETF wird von Aleksandra Falcone vertreten.

Bulgarien, Zypern, Estland, Griechenland, Finnland, Spanien und das Vereinigte Königreich sowie die Beobachter aus Aserbaidschan und Jordanien sind bei der Sitzung nicht vertreten.

2. Annahme der Tagesordnung

Die Kommission schlägt eine Änderung bei Punkt 8 der Tagesordnung betreffend die Geschäftsordnung der ETF vor. Gemäß Artikel 9 Buchstabe g der ETF-Verordnung sollte die Kommission eine Stellungnahme zu der Geschäftsordnung der ETF abgeben. Da die Stellungnahme noch nicht angenommen wurde, wird vorgeschlagen, den von der Direktorin der ETF vorgelegten Text auf der Sitzung zu erörtern und später im schriftlichen Verfahren zu genehmigen.

Die ETF schlägt vor, unter Punkt 13 „Sonstiges“ zwei Präsentationen aufzunehmen: das Dashboard – ein Instrument für die Überwachung und Berichterstattung sowie die Ergebnisse der von der ETF 2010 durchgeführten Evaluierungen.

Die Tagesordnung wird vom Vorstand mit den oben genannten Vorschlägen angenommen.

3. Follow-up zur letzten Sitzung

i. Protokoll der letzten Sitzung

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 24. November 2010 wird genehmigt.

ii. Follow-up zu Aktionspunkten und schriftlichen Verfahren

Xavier Matheu de Cortada (ETF) stellt die Maßnahmen vor, die als Follow-up zu der Sitzung vom November 2010 durchgeführt wurden:

- Der Auditplan des IAS für 2011 ist Bestandteil der Präsentation unter Punkt 4 „Mündliche Berichte“.
- Der Haushaltsplan der ETF für 2011 wurde im schriftlichen Verfahren genehmigt. Das Verfahren zu Änderungen des Arbeitsprogramms und des Haushaltsplans der ETF für 2011 wurde am 22. Dezember 2010 eröffnet, nachdem der EU-Haushalt für 2011 am 15. Dezember 2010 abschließend genehmigt worden war. Der Vorschlag wurde vom Vorstand angenommen.
- Die ETF berücksichtigte die Empfehlungen der Vorstandsmitglieder zur Präsentation des Arbeitsprogramms und des Entwurfs des Haushaltsplans 2012 (siehe Protokoll der Vorstandssitzung vom November 2010).
- Mit Unterstützung der ETF wurden für Vorstandsmitglieder Arbeitsgruppen zu Haushaltsplan sowie Planung, Überwachung und Evaluierung organisiert. Eine Einladung zur Teilnahme wurde im Dezember 2010 verteilt, und eine Sitzung zum jährlichen Tätigkeitsbericht 2010 und zum Arbeitsprogramm 2012 fand am 31. März 2011 statt.
- Das Format der Sitzung wurde basierend auf den Vorschlägen der Vorstandsmitglieder geändert.

Zu den folgenden Themen wurden schriftliche Verfahren durchgeführt:

- Das Verfahren zu den *Änderungen des Arbeitsprogramms und des Haushaltsplans der ETF für 2011* wurde am 22. Dezember 2010 eröffnet und am 24. Januar 2011 erfolgreich abgeschlossen.
- Das Verfahren zu den *Durchführungsbestimmungen zur ETF-Finanzregelung* wurden am 9. März 2011 eröffnet und am 30. März 2011 erfolgreich abgeschlossen.
- Die Verfahren zu den *Durchführungsbestimmungen zur Teilzeitarbeit* und den *Durchführungsbestimmungen zum Urlaub* wurden am 2. Mai 2011 eröffnet und am 23. Mai 2011 erfolgreich abgeschlossen.

4. Mündliche Berichte

i. Fortschritte bei den Strategien und Programmen der Kommission, die Auswirkungen auf die ETF haben

Jan Truszczyński referiert zu folgenden Aspekten:

Europäisches Semester

Der Vorsitzende erklärt, dass Bildung ein wichtiger Teil der im Rahmen des Europäischen Semesters durchgeführten Analysen ist. In diesem Kontext hat die Europäische Kommission für eine begrenzte Zahl von Mitgliedstaaten im Bereich der Bildung eine Reihe von Empfehlungen vorgeschlagen, die innerhalb des Zeitrahmens der nächsten 8 bis 12 Monate umgesetzt werden sollen und mit denen die Chancen dieser Länder erhöht werden sollen, die EU-Ziele zu erreichen. Für Mitgliedstaaten, die Schwierigkeiten mit der Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise haben, hat die Kommission keine Empfehlungen gegeben, da in diesem Fall die Umsetzung von Wiederaufbauplänen Vorrang hat. Der nächste jährliche Zyklus wird von Januar bis Juni 2012 stattfinden, und die Kommission wird die von den Mitgliedstaaten verzeichneten Entwicklungen weiter überwachen.

Politische Fragen

Basierend auf den während der ungarischen Ratspräsidentschaft angenommenen Empfehlungen des Rates zur Senkung der Schulabrecherquote wird, mit dem Ziel einer ganzheitlichen Betrachtungsweise, bis Ende 2011 eine hochrangige Arbeitsgruppe eingesetzt werden. Der Gruppe werden für die Koordinierung dieser Frage in ihrem Land zuständige Vertreter der EU-Mitgliedstaaten angehören.

Kommuniqué von Brügge und Kopenhagen-Arbeitsgruppe

Mit dem Kommuniqué von Brügge wurden für den Zeitraum 2011-2020 strategische Ziele für die europäische Zusammenarbeit im Bereich der Berufsbildung angenommen. Diese Ziele berücksichtigen die Errungenschaften der Vergangenheit sowie gegenwärtige und künftige Herausforderungen für die berufliche Bildung in Europa. Neben den 11 strategischen Zielen für 2011-2020 enthält das Kommuniqué von Brügge 22 kurzfristige konkrete Maßnahmen für den Zeitraum 2011-2014, die auf einzelstaatlicher Ebene sowie zur Unterstützung von Maßnahmen auf EU-Ebene umgesetzt werden sollen.

Zur Unterstützung der Umsetzung konkreter kurzfristiger Maßnahmen wurden ein kontinuierlicher Peer-Austausch sowie eine fortlaufende Überwachung eingeführt. Bisher haben die informellen Ministertreffen, die alle zwei Jahre organisiert werden, um über Fortschritte bei der Erreichung der Ziele zu berichten und diese Ziele auf den aktuellen Stand zu bringen, erhebliche politische Impulse gegeben, die zur Anerkennung der europäischen Berufsbildungspolitik auf europäischer und nationaler Ebene beigetragen haben. In Brügge äußerten mehrere Interessenträger den Wunsch, einen solchen politischen Impuls zur Halbzeit des derzeitigen Berichtszeitraums zu geben.

Aus diesen Gründen wurde – im Anschluss an die positiven Erfahrungen mit der Arbeitsgruppe für die Überprüfung der Brügge-Initiative („Bruges Review“) – vereinbart, die Arbeitsgruppe für den Kopenhagen-Prozess einzusetzen, um die Umsetzung und Überwachung der Ziele von Brügge zu unterstützen und zum Erhalt des politischen Impetus beizutragen. Die Gruppe trat am 16. März zum ersten Mal zusammen; ihr Mandat wird auf der Sitzung des beratenden Ausschusses für Berufsbildung festgestellt werden. Die Arbeitsgruppe wird den Generaldirektoren für die Berufsbildung (DGVT) berichten. Den Vorsitz in dieser Gruppe führt die Kommission; als Teilnehmer werden ihr Vertreter der Länder der vorigen, derzeitigen und nächsten EU-Ratspräsidentschaft, Vertreter der Sozialpartner auf EU-Ebene, des Cedefop und der ETF angehören.

Benchmarks zur allgemeinen und beruflichen Bildung für Beschäftigungsfähigkeit und Lernmobilität

Die Kommission stellte in einer am 24. Mai 2011 angenommenen Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen die Pläne für neue europäische Ziele für Beschäftigungsfähigkeit und Mobilität von Lernenden vor, um Bildungsreformen in Europa anzuregen und zu leiten. Die beiden neuen Benchmarks, die vom Rat noch formell angenommen werden müssen, vervollständigen eine Reihe gemeinsamer Ziele, zu deren Erreichung bis zum Jahr 2020 sich die EU-Staaten verpflichtet haben. Sie umfassen die Senkung der Schulabrecherquote, die Steigerung des Anteils von Hochschulabsolventen und die Einbindung einer größeren Zahl Erwachsener in das lebenslange Lernen.

Ein neuer Benchmark zur Mobilität von Lernenden soll den Anteil junger Menschen mit Lernerfahrungen im Ausland messen. Mit dieser Frage wird sich die polnische Ratspräsidentschaft befassen. Ein neuer Benchmark zu allgemeiner und beruflicher Bildung für Beschäftigungsfähigkeit wird überwachen, welche Erfolgsquote junge Menschen mit unterschiedlichem Bildungsniveau in den Jahren nach ihrem Abschluss auf dem Arbeitsmarkt haben. Dafür werden nachfolgende Ratspräsidentschaften zuständig sein.

Europäische Benchmarks werden in diesem Rahmen dazu verwendet, den freiwilligen und kooperativen politischen Austausch zwischen Mitgliedstaaten und der Kommission zu fördern und den Fortschritt bei den ermittelten politischen Kernfragen zu überwachen.

Externe Evaluierung der ETF

Die externe Evaluierung der ETF läuft. Im Wege eines Rahmenvertrags der GD EAC wurde mit einem Auftragnehmer ein spezieller Vertrag unterzeichnet; zudem wurde eine Lenkungsgruppe eingesetzt, um die Arbeit des Auftragnehmers anzuleiten. Der Vorsitzende dankt Stamatis Paleocrassas, Miriam Brewka Pino und Xavier Matheu de Cortada für ihre Bereitschaft, als Mitglieder der

Lenkungsgruppe zu fungieren. Der Auftragnehmer hat seine Arbeit begonnen und es wurden bereits zwei Sitzungen in Brüssel abgehalten. Die Methodik und der Arbeitsplan wurden abgestimmt, und der Auftragnehmer erhebt gegenwärtig Daten und führt Feldarbeiten durch. Die ersten vorläufigen Erkenntnisse werden für Oktober 2011 erwartet, der endgültige Entwurf zum Jahresende 2011 oder zu Beginn des Jahres 2012.

Gerhard Schuman-Hitzler, Direktor, **GD Erweiterung**, präsentiert die neuesten Entwicklungen im Bereich der EU-Erweiterungspolitik.

Er merkt an, dass sich die Aktivitäten der ETF auf die Erweiterungs- und Nachbarschaftsländer beziehen. Infolge der jüngsten Ereignisse in der arabischen Welt hat sich die Aufmerksamkeit von der Erweiterungs- auf die Nachbarschaftsregion verlagert.

Die Erweiterungspolitik gibt den Ländern des westlichen Balkans und der Türkei eine klare Perspektive für eine EU-Mitgliedschaft und ist eine entscheidende Triebkraft für die notwendigen Reformen, die in diesen Ländern durchgeführt werden müssen, da sie vor dem Beitritt ihre Verfahren und Vorschriften an diejenigen der EU angleichen sollten. Es gibt Mittel und Wege für eine Einwirkung auf die interne Organisation und die Politiken dieser Länder. Im Vergleich dazu gibt es in den Nachbarschaftsländern keine Perspektiven für eine EU-Mitgliedschaft, sodass die EU andere Instrumente nutzen muss, um diese Länder von einer Annäherung sowie von einer Übernahme der Verfahren und Vorschriften der EU zu überzeugen. In der jüngst vorgenommenen strategischen Überprüfung der EU-Nachbarschaftspolitik werden weitgehend ähnliche Ziele gesetzt wie für die Erweiterungsregion. Dazu gehören unter anderem: politischer Dialog, Menschenrechte und verantwortungsvolle Staatsführung, wirtschaftliche Integration und sektorbezogene Politiken, wirtschaftliche, soziale sowie territoriale Zusammenarbeit, Entwicklung des ländlichen Raums, Mobilität und Sicherheit, Zivilgesellschaft, öffentliche Diplomatie sowie Verhinderung und Beilegung von Konflikten.

Bezogen auf die Erweiterungsregion gibt es in manchen Ländern positive Entwicklungen, in anderen Ländern keine wesentlichen Entwicklungen und in den restlichen Ländern enttäuschende Entwicklungen.

Kroatien kommt dem Beitritt näher. Anfang Juni schlug die Kommission vor, die Beitrittsverhandlungen zu beenden, da Kroatien alle abschließenden Benchmarks erfüllt hat und der Vertrag ausgearbeitet werden kann. Die Mitgliedstaaten können der Empfehlung der Europäischen Kommission auf der Tagung des Rates folgen, müssen dies aber nicht. Der vorläufige Termin für den Beitritt wäre der 1. Juli 2013, wodurch dem Europäischen Parlament und den Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten hinreichend Zeit für die Ratifizierung des Beitrittsvertrags und Kroatien die Zeit für die Organisation eines Referendums bliebe.

Island macht gute Fortschritte und befindet sich in der Phase des Screenings der Rechtsvorschriften, um zu bewerten, wie weit Island von den Vorschriften und Verfahren der EU entfernt ist. Da Island seit Jahren dem EWR angehört, sind viele Bereiche der Gesetzgebung bereits an den Besitzstand angeglichen. Basierend auf den Ergebnissen des Screenings wird während der Beitrittsdebatten im Juni eine Reihe von Kapiteln an ein und demselben Tag begonnen und beendet werden. Den Erwartungen zufolge wird der Prozess schneller als bei anderen Ländern verlaufen.

Serbien hat einige der Bedingungen für einen weiteren Fortschritt im Beitrittsprozess erfüllt, insbesondere mit der Verhaftung von Ratko Mladić und seiner Auslieferung nach Den Haag, da die Zusammenarbeit mit dem IStGHJ gestärkt werden musste. Die Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo¹ müssen verbessert werden, und es wurde ein Dialog über praktische Vorkehrungen und vertrauensbildende Maßnahmen eingeleitet, ohne dass Serbien zur Anerkennung des Kosovo aufgefordert wurde. Der Dialog liefert inzwischen erste Ergebnisse.

Bosnien-Herzegowina steht – fast neun Monate nach den Wahlen – kurz vor der Einigung auf eine neue Föderalregierung.

Im Oktober gab die Kommission eine Stellungnahme zu **Albaniens** Antrag auf EU-Mitgliedschaft ab, in der die zwölf Prioritäten benannt wurden, die anzugehen sind. Bisher wurde keine dieser Prioritäten angegangen, und der politische Stillstand behindert den Fortschritt.

Die Kommission würde sich beständigere Fortschritte in den Verhandlungen mit der **Türkei** wünschen, aber hier gibt es noch immer Probleme bei Grundrechten, demokratischer Öffnung,

¹ Gemäß UNSCR 1244/1999.

Einbindung von Interessenträgern in den Reformprozess und Meinungsfreiheit. Nach den Parlamentswahlen in diesem Jahr wurde die regierende AKH-Partei als führende Kraft bestätigt; erwartet werden als Nächstes die folgenden Schritte: Modernisierung der Verfassung und umfassende Achtung des Ankara-Protokolls über die Beziehung zu Zypern.

Regionale Zusammenarbeit

Es gibt viele positive Zeichen für eine regionale Zusammenarbeit, insbesondere in den Ländern des westlichen Balkans. Die Länder arbeiten enger zusammen, verstehen die Bedeutung dieses Ansatzes und lernen voneinander. Eine wichtige Entwicklung ist die Umsetzung der Donaustrategie, die von der Europäischen Kommission im Dezember 2010 vorgeschlagen und vom Europäischen Rat Ende Juni 2011 bestätigt wurde. In der Donauregion lebt ein Fünftel der Gesamtbevölkerung der EU; sie gewährleistet die Verbindung zur östlichen Nachbarschaftsregion, der acht EU-Mitgliedstaaten, vier Erweiterungslander und zwei Nachbarschaftslander angehören. Einer der Handlungsschwerpunkte bezieht sich auf die allgemeine und berufliche Bildung; dies könnte ein interessanter Bereich für eine verstärkte Zusammenarbeit und damit für den Austausch bewährter Verfahren sowie für gemeinsame Fortschritte in Richtung der Ziele der Strategie EU 2020 sein.

Finanzinstrumente

Gegenwärtig erarbeitet die Kommission Pläne für den Zeitraum 2014-2020, wobei der Mehrjahresfinanzrahmen (MFR) die globalen Bedingungen für Aktivitäten festlegt. Die Europäische Kommission wird am 29. Juni einen Vorschlag vorlegen und die Erörterungen mit dem Rat und dem Europäischen Parlament einleiten.

Basierend auf dem globalen Vorschlag für den MFR wird die Kommission zum Ende dieses Jahres einen Vorschlag für ein neues Rechtsinstrument vorlegen, um die Kontinuität der Maßnahmen nach 2013 sicherzustellen. Gegenwärtig wird erörtert, ob die Außendimension der internen Politiken Teil der internen Politiken sein sollte oder ob es sich dabei um externe Maßnahmen handeln sollte. Bei der derzeitigen Konstellation umfassen interne Politiken auch externe Maßnahmen, was gut funktioniert zu haben scheint.

Für die Erweiterungslander lautet der Vorschlag, auf der derzeitigen Basis fortzufahren. Das neue Finanzinstrument wird durch das derzeitige Finanzinstrument inspiriert, das zu signifikanten Ergebnissen geführt hat; es wird jedoch flexibler sein, was die Programmplanung und die Umsetzung sowohl für die Kommission als auch für die Begünstigten einfacher machen wird. Es fand ein intensiver Dialog mit den Mitgliedstaaten, Begünstigten in Partnerländern und NRO sowie mit der EBWE, der EIB und der Weltbank statt. Bei den Zielen wurde ein großes Maß an Konvergenz erreicht, um zu gewährleisten, dass die Kommission die Länder auf ihrem Weg zur Mitgliedschaft erfolgreich unterstützen kann.

Hjordis Ogendo stellt als Vertreter der GD DEVCO die jüngsten Entwicklungen in folgenden Bereichen vor:

Entwicklungs politik der EU

Die öffentliche Konsultation über das Grünbuch zur Entwicklungspolitik der EU wurde 2010 eingeleitet; der Bericht über die Konsultation ist online abrufbar. Es besteht ein Konsens über die allgemeine Botschaft, d. h. mehr zur Unterstützung des integrativen Wachstums zu tun, die Bedeutung der Schaffung von Arbeitsplätzen und die Notwendigkeit, nicht staatliche Akteure, insbesondere des privaten Sektors, in die Entwicklung einzubinden. Im Einklang mit dem Vertrag von Lissabon sollte sich die Entwicklungszusammenarbeit auf die Beseitigung der Armut sowie auf die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele konzentrieren. Die Kommission erarbeitet derzeit eine Mitteilung zur Entwicklungspolitik der EU, die den Erwartungen zufolge in der zweiten Jahreshälfte 2011 angenommen werden wird. In dem Dokument werden einige Schlüsselfragen behandelt, darunter die Rolle der EU bei der Unterstützung des integrativen Wachstums und der Schaffung von Arbeitsplätzen, eine verbesserte Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten, die Konzentration der EU-Hilfe auf Gebiete im Süden, wo sie einen Mehrwert hat, sowie die Ausweitung der Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft, dem privaten Sektor und den kommunalen Behörden. In diesem Kontext spielen die Entwicklung von Kompetenzen und die Beschäftigungsfähigkeit eine Schlüsselrolle für das Entwicklungspolitische Ziel der EU, Arbeitsplätze zu schaffen.

Die EU und die technische Berufsbildung in der Außendimension

Die jüngst durchgeführte Evaluierung der Kommission zu Beschäftigung und sozialer Eingliederung zeigt, dass im Zeitraum 1999-2008 etwa 600 Mio. EUR für Berufsbildung aufgewandt wurden, der überwiegende Teil davon in AKP-Ländern, 34 % in Mittelmeerländern und 10 % in Ländern der östlichen Partnerschaft und Zentralasiens. Es gibt eine zunehmende Nachfrage seitens der Partnerländer nach einem stärkeren Engagement in der Berufsbildung, und zugleich wird in verschiedenen Mitteilungen der Kommission die Notwendigkeit der Förderung der Berufsbildung wiederholt.

Für den südlichen Mittelmeerraum gehören zu den Maßnahmen, welche die Kommission in Reaktion auf die neuen Prioritäten entwickelt hat, ein Programm in Tunesien zur lokalen Entwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen in verarmten Regionen des Landes. Es gibt auch ein laufendes Programm, welches das Arbeitsministerium bei der Förderung der Berufsbildung unterstützt. Ein weiteres Programm zur Unterstützung der allgemeinen und beruflichen Bildung und Beschäftigung von Absolventen (in Höhe von 65 Mio. EUR) wird seine Aktivitäten 2011 aufnehmen. In Ägypten wird mit der Regierung erörtert, wie das Engagement ausgebaut werden kann und ob die frühere Programmplanung überarbeitet werden muss. Gegenwärtig soll ein neues Berufsbildungsprogramm mit einem Umfang von 105 Mio. EUR entwickelt werden, und die ETF ist an seiner Ausarbeitung beteiligt.

Wichtige Bereiche für die Entwicklungspolitik der EU

Die Entwicklungspolitik der EU sieht eine Fortführung der Arbeit an Indikatoren vor, um wirksame Überwachungs- und Evaluierungssysteme für die Messung von Ergebnissen und Outputs zu schaffen. Der Schwerpunkt wird insbesondere auf der Evaluierung der Wirkung und auf der Stärkung bestehender Systeme in den Partnerländern liegen. Überdies werden Anstrengungen unternommen werden, um dafür Sorge zu tragen, dass die Berufsbildung im Kontext nationaler Beschäftigungspläne angegangen wird, wobei Beschäftigungsfähigkeit, lebenslanges Lernen und Partnerschaft mit dem privaten Sektor Schlüsselemente sind.

Miriam Brewka stellt als Vertreterin des **Europäischen Auswärtigen Dienstes** die jüngsten Entwicklungen im Bereich der Nachbarschaftspolitik vor.

Sie hebt die Tatsache hervor, dass der Europäische Auswärtige Dienst auf dieser Vorstandssitzung zum ersten Mal vertreten ist. Nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wurde die Position des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen, die derzeit Catherine Ashton innehat. Die Hohe Vertreterin wird in ihrer Arbeit vom Europäischen Auswärtigen Dienst unterstützt, der sich aus Bediensteten der ehemaligen GD RELEX der Kommission und des Ratssekretariats sowie aus abgeordneten Angehörigen der diplomatischen Dienste der EU-Mitgliedstaaten zusammensetzt.

Sie verweist auf zwei wichtige politische Erklärungen. Die erste ist die gemeinsame Mitteilung „*Eine Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand*“, die am 8. März als Reaktion auf den demokratischen Umbruch im südlichen Mittelmeerraum veröffentlicht wurde. Die zweite, die gemeinsame Mitteilung „*Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel*“, basiert auf einer Überprüfung der EU-Nachbarschaftspolitik und der zugehörigen Konsultation; sie vertieft die in der ersten Mitteilung über den südlichen Mittelmeerraum gesetzten Ziele und fügt neue Angebote für die östlichen Partner hinzu. Diese Mitteilungen legen Prioritäten für eine Wiederbelebung der neuen Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) dar und stärken individuelle und regionale Beziehungen zwischen der EU und ihrer Nachbarschaft. Das neue Konzept basiert auf dem Grundsatz „*mehr für mehr*“ oder „*mehr Mittel für mehr Reformen*“, was bedeutet, dass für Länder, die sich für politische, demokratische und wirtschaftliche Reformen engagieren, mehr Mittel bereitgestellt werden.

Für ENPI-Länder wurden für den Zeitraum 2011-2013 ursprünglich 5,7 Mrd. EUR bereitgestellt, weitere 1,24 Mrd. EUR werden jetzt im Rahmen der Überprüfung der Nachbarschaftspolitik mobilisiert. Darüber hinaus wird die Europäische Investitionsbank im selben Zeitraum einen Beitrag in Höhe von 1 Mrd. EUR an Krediten für die Länder des südlichen Mittelmeerraums leisten, und die EBWE wird ihre Tätigkeit in der Mittelmeerregion aufnehmen, und zwar beginnend mit Ägypten (das Gesamtkreditvolumen könnte bis zum Jahr 2013 etwa 2,5 Mrd. EUR erreichen).

Das neue Konzept in Bezug auf die Ziele der ENP sieht vermehrte Partnerschaften mit der Gesellschaft und stärkere Anreize für die Durchführung von Reformen vor. In der Mitteilung werden mehrere wichtige Blöcke definiert. Einer bezieht sich auf die Unterstützung „*vertiefter Demokratie*“ und hat nicht nur Wahlen in Tunesien und Ägypten zum Ziel, sondern auch weitere Merkmale einer

funktionierenden Demokratie, beispielsweise Menschenrechte, Rechtspflege, Vereinigungsfreiheit, Korruptionsbekämpfung, Reform des Sicherheitssektors und der Strafverfolgung sowie freie Medien. Unterstützt wird dies durch eine spezielle Fazilität zur Förderung der Zivilgesellschaft und einen Europäischen Fonds für Demokratie, der auf politische Parteien, nicht registrierte Nichtregierungsorganisationen und Sozialpartner (einschließlich Gewerkschaften) ausgerichtet ist. Die Medienfreiheit wird ebenso gefördert werden wie der Zugang zu Informationen über das Internet und andere Formen der elektronischen Kommunikation. Zugleich wurde eine Verstärkung des Menschenrechtsdialogs mit den Partnerländern zugesichert.

Im Bereich der *außen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit* besteht das Ziel darin, die politische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit zu intensivieren und die Beteiligung der EU an der Beilegung lang anhaltender Konflikte zu verstärken.

Mit einer verstärkten Unterstützung im Bereich der *wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung* sollen insbesondere die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und das nachhaltige wirtschaftliche Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und ein verbesserter Dialog über soziale Fragen gefördert werden. Beabsichtigt wird die Aushandlung weiter reichender Handelsregelungen und die Verbesserung der sektorbezogenen Zusammenarbeit, unter anderem in Bereichen wie Energie, Umwelt usw. Die Unterstützung der Partnerländer wird die Förderung einer Politik umfassen, die ein stärkeres, nachhaltiges und breitenwirksameres Wachstum, die Entwicklung von Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen begünstigt. Ein verbesserter Dialog über die Beschäftigungs- und Sozialpolitik sowie die Aushandlung von *Abkommen über vertiefte und umfassende Freihandelszonen* mit den Partnern, die dazu bereit und in der Lage sind, gehören ebenfalls zu den Schlüsselprioritäten.

Um die Partnerländer des südlichen Mittelmeerraums bei der Annäherung an die EU zu unterstützen, werden *umfassende Programme zum Institutionenaufbau* entwickelt werden, vergleichbar mit denjenigen, die in der östlichen Nachbarschaftsregion entwickelt wurden.

Einer der Bereiche, die für die ETF von Interesse sein könnten, ist die Konzentration auf verstärkte Mobilität und persönliche Kontakte, die für die Förderung des gegenseitigen Verständnisses und der wirtschaftlichen Entwicklung von entscheidender Bedeutung sind. Die Wissensmobilität zwischen der EU und ihren Nachbarländern ist ein Bereich, der beiden Seiten Vorteile bringt. Ermöglicht wird dies durch Konzepte, die eine gut gesteuerte reguläre Migration, den Kapazitätsaufbau in den Bereichen Grenzverwaltung, Asyl und wirksame Zusammenarbeit bei der Rechtsdurchsetzung umfassen. Unterstützt werden in dieser Hinsicht Visaerleichterungen für bestimmte ENP-Länder und die umfassende Visaliberalisierung für andere sowie die Entwicklung neuer Mobilitätspartnerschaften mit Ländern wie Ägypten, Marokko und Tunesien (zusätzlich zu den derzeit in der östlichen Nachbarschaft bestehenden – die Verhandlungen mit Armenien laufen).

Als Vertreter der GD Beschäftigung bringt **Michel Morass** den Vorstand zu den Aktivitäten der Kommission im Beschäftigungsbereich auf den neuesten Stand.

Politischer Kontext in der EU – Beschäftigungs- und sozialpolitische Aspekte von Europa 2020

Die Strategie Europa 2020 ist der wichtigste Politikrahmen für die Beschäftigungspolitik der EU. Die Botschaften des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts und des Jahreswachstumsberichts lassen darauf schließen, dass wir wirtschaftlich gesehen eine schwierige Zeit durchleben: Die Arbeitslosenquote liegt bei über 9 % und die Haushaltssmittel sind knapp, was Auswirkungen auf die Sozialausgaben hat.

Im Rahmen des Europäischen Semesters liegt der Schwerpunkt der Empfehlungen der Kommission für die Mitgliedstaaten unbedingt auf der Kombination der erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen mit strukturellen Reformen – mit dem Ziel, das Humankapital in der EU zu erhalten. Am Arbeitsmarkt konzentrieren sich die Botschaften auf eine Anhebung des Rentenalters, die Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit, die Kombination von Löhnen und Produktivität, die Senkung der Arbeitslosigkeit, Arbeitsverträge für junge Menschen sowie die Verbindungen zwischen Bildung und Beschäftigung.

Zu den Leitinitiativen gehören „Eine Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten“, die „Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ und „Jugend in Bewegung“, die auch eine Beschäftigungsdimension hat.

Bei der Erreichung dieser Ziele hilft die Kommission den Mitgliedstaaten durch finanzielle Unterstützung (ESF) sowie politische Koordinierung und Beratung auf EU-Ebene. Politische Beratung

wird ex ante durch das Konzept des Europäischen Semesters bereitgestellt – zunächst auf EU-Ebene und dann auf Länderebene, wobei die Einbindung in den einzelstaatlichen Entscheidungsprozess im Herbst für die Haushaltsentwürfe für das nächste Jahr erfolgt.

Beschäftigungs- und sozialpolitische Dimension der Erweiterung und des IPA

Die Bekanntmachung der Botschaften der Strategie Europa 2020 in den Bereichen Beschäftigungs- und Sozialpolitik ist auch in den Erweiterungsländern von Bedeutung. Infolge der Krise sind beschäftigungs- und sozialpolitische Herausforderungen innerhalb des Kontexts der Erweiterung immer wichtiger geworden und stellen für den politischen Dialog in den Erweiterungsländern ernstzunehmende Fragestellungen dar.

Mit der Komponente „Humanressourcenentwicklung“ des Instruments für Heranführungshilfe (IPA) wird das Ziel verfolgt, Kandidatenländer in der Erhöhung ihrer Investitionen in das Humankapital zu bestärken, die soziale Eingliederung zu fördern, die Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und Arbeitnehmern zu verbessern und sie auf eine künftige Beteiligung am Strukturfonds vorzubereiten. IPA IV wurde in Kroatien, der Türkei und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien lanciert, und als Ergebnis der EU-Förderung in diesem Bereich wurden bereits erste Ergebnisse erzielt.

Michel Morass begrüßt die Zusammenarbeit mit der ETF und ihr Know-how in Bezug auf Erweiterungsaktivitäten. Insbesondere die Überprüfungen der Humanressourcenentwicklung durch die ETF leisten einen Beitrag zu diesen Bewertungen und werden den Erwartungen zufolge in die Programmplanung für die Komponente IV des IPA einfließen. Im vergangenen Jahr hatten die Überprüfungen der Humanressourcenentwicklung mit den potenziellen Kandidatenländern Albanien, Montenegro und Serbien einen guten Start – sie werden zweifellos die Ausarbeitung künftiger operativer Programme unterstützen. Die Überprüfungen werden in Kroatien, der Türkei und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien fortgeführt und im Rahmen der Überprüfung von Programmen ab 2013 Verwendung finden.

Mehr Beachtung für beschäftigungs- und sozialpolitische Belange in der neuen Europäischen Nachbarschaftspolitik

Es gibt eine Vielzahl von Herausforderungen im Bereich der Beschäftigung in diesen Regionen, aber auch eine Zusicherung der Kommission, mehr für den sozialen Dialog zu tun. Die jüngst angenommene Mitteilung der Kommission zur neuen Europäischen Nachbarschaftspolitik setzt einen Impuls für die Unterstützung der integrativen wirtschaftlichen Entwicklung in den Nachbarländern der EU, mit einem Schwerpunkt auf der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Verringerung sozialer Ungleichheiten. Zu den Aktionspunkten gehören die Ausweitung des beschäftigungs- und sozialpolitischen Dialogs und der Zusammenarbeit in diesem Bereich, sowohl innerhalb der Partnerschaft im Mittelmeerraum als auch innerhalb der östlichen Partnerschaft.

Michel Morass begrüßt die analytische Unterstützung der ETF zu den Ländern des Mittelmeerraums, die in den EuroMed-UfM-Kooperationsprozess eingeflossen ist – die Konferenz der EuroMed-Beschäftigungs- und Arbeitsminister im November 2010. Das von der Ministerkonferenz ausgearbeitete Aktionsprogramm kann künftig weiterentwickelt werden. Als Ergebnis der jüngsten Ereignisse in der Region legte die ETF der GD EMPL eine zusammenfassende Übersicht über die beschäftigungs- und sozialpolitischen Herausforderungen in diesen Ländern vor.

Im Rahmen der östlichen Partnerschaft organisierten die GD EMPL und die ETF gemeinsam die allererste Veranstaltung zu beschäftigungs- und sozialpolitischen Fragen: die Regionalkonferenz „*Trends and Challenges of Labour Markets and Employability of Human Capital in the Six Eastern Partners*“ (Trends und Herausforderungen der Arbeitsmärkte und Beschäftigungsfähigkeit des Humankapitals in den sechs östlichen Partnerländern) (Odessa, Oktober 2010). Der Beitrag der ETF basierte auf einer Reihe von Arbeitsmarktstudien auf Länderebene und auf einer länderübergreifenden Analyse.

Der Vorsitzende eröffnet die Debatten.

Micheline Scheys (Belgien) fragt, wann die Ergebnisse der externen Evaluierung der ETF dem Vorstand vorgelegt werden. Der Vorsitzende legt dar, dass der Bericht zum Jahresende erwartet wird. Für seine Erörterung ist keine Sondersitzung des Vorstands vorgesehen, was bedeutet, dass der Bericht auf der Vorstandssitzung im Juni 2012 vorgestellt wird.

Pat Hayden (Irland) dankt den Vertretern der Kommission für ihre Präsentation und merkt an, dass die jüngste Wirtschafts- und Bankenkrise, die sich auf mehrere Mitgliedstaaten ausgewirkt hat, kaum erwähnt wird. Er fragt, ob es eine Meinung dazu gibt, welchen Einfluss Einschnitte in der allgemeinen und beruflichen Bildung und Kürzungen der öffentlichen Ausgaben auf die neue mehrjährige finanzielle Vorausschau haben werden. In seiner Antwort erklärt der Vorsitzende, dass die Bildung

besser auf die künftigen Erfordernisse der Arbeitsmärkte eingehen sollte, was durch den allgemeinen Haushalt der EU, die auf den ESF und den EFRE folgenden neuen Instrumente und die verbesserten Möglichkeiten für grenzüberschreitende Mobilität im Rahmen des neuen Programms für Bildung geschehen wird. Die Kommission wird diese mehrjährige finanzielle Vorausschau am 29. Juni vorlegen. Die GD EAC steht in engem Kontakt mit der GD EMPL, um herauszufinden, wie die Prioritäten in der Bildung in die Prioritäten eingebunden werden können, mit denen sich die neuen Instrumente befassen werden, die an die Stelle des ESF und des EFRE treten werden. Die bisherige Arbeit ist vielversprechend. Insgesamt besteht keine Notwendigkeit, die Prioritäten oder Ziele zu ändern, der Rahmen „Allgemeine und berufliche Bildung 2020“ behält seine Relevanz, und der künftige EU-Haushalt wird die Erreichung dieser Ziele unterstützen.

Alberto Cutillo (Italien) dankt den Vertretern der Kommission für ihre Präsentationen und macht drei Anmerkungen. Er bringt seine Zufriedenheit mit dem Abschluss der Verhandlungen mit Kroatien und mit dem Verlauf des Prozesses in Serbien zum Ausdruck und äußert seine Hoffnung, dass der serbische Beitrittsprozess vorankommen wird. Italien ist erfreut, dass der Europäische Rat die EU-Strategie für die Donauregion annehmen wird, und verkündet, dass – gemeinsam mit Slowenien und Griechenland – Vorbereitungen für eine regionale Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer laufen, die 2014 unter der griechischen oder italienischen EU-Ratspräsidentschaft angenommen werden könnte. Was die Mittelmeerregion anbelangt, begrüßt Italien die gemeinsame Mitteilung über die neue Nachbarschaftspolitik, insbesondere des Ziel der Stärkung von Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft, wobei Italien zusammen mit der Kommission und der ETF eine wichtige Rolle spielen kann. Italien unterstützt den Grundsatz „mehr für mehr“, obgleich darüber nachgedacht werden sollte, diesen Ansatz so flexibel wie möglich zu gestalten. Italien äußert die Hoffnung, dass im Rahmen der neuen mehrjährigen finanziellen Vorausschau für die Länder des Mittelmeerraums mehr Mittel bereitgestellt werden.

ii. Trends und Entwicklungen bei der ETF

Madlen Serban stellt die Aktivitäten vor, die von der ETF seit der letzten Vorstandssitzung am 24. November 2010 durchgeführt wurden. Sie weist zudem darauf hin, dass die Veröffentlichung *Spotlight*, die an die Vorstandsmitglieder verteilt wurde, detailliertere Informationen zu den Aktivitäten der ETF bis zum 15. Mai 2011 enthält.

Zu den wichtigsten Themen, die im Rahmen der Intervention angesprochen wurden, gehörten bessere Beziehungen zu den wichtigsten Akteuren und eine verbesserte externe Kommunikation, der strukturierte politische Dialog und der nachfolgende Aufbau von Kapazitäten in den Partnerländern sowie die Verbesserung der internen Effizienz.

Die ETF und das Europäische Parlament

Die ETF arbeitet in zweierlei Weise mit dem Europäischen Parlament zusammen: 1) durch Organisation von Wissensaustausch und politischem Dialog und 2) durch technische Beiträge zu Dokumenten, die von verschiedenen Ausschüssen erstellt werden. Die Direktorin stellt die folgenden Beispiele der Zusammenarbeit mit dem Parlament vor:

- die ETF-Konferenz *Promoting Social Inclusion* unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Europäischen Parlaments (Dezember 2010);
- eine Präsentation der Aktivitäten der ETF im Jahr 2010 und des Arbeitsprogramms 2011 vor dem Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (Januar 2011);
- Beteiligung der ETF an den Diskussionen und Mitwirkung an einem technischen Beitrag zu dem *Bericht über die außenpolitische Dimension der Sozialpolitik, Förderung von arbeits- und sozialrechtlichen Standards und soziale Verantwortung der Unternehmen*, unter Koordination von MdEP Richard Falbr (Februar 2011);
- MdEP Panzieri ersuchte die ETF, ihre Arbeit in der Maghreb-Region vorzustellen (April 2011);
- ein technischer Beitrag zu dem *Bericht über Jugend in Bewegung – ein Rahmen für die Verbesserung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa*, vorgestellt von MdEP Milan Zver (April 2011);

- ein technischer Beitrag zu dem Bericht über die *Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten* mit den MdEP Regina Bastos und Rovana Plumb als Berichterstatter (Mai 2011);
- ein technischer Beitrag zu dem Bericht *Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung*, koordiniert von MdEP Frederic Daerden (Juni 2011).

Die ETF und die Europäische Kommission

Die ETF arbeitete eng mit den Kommissionsdienststellen zusammen; sie präsentierte ihre Arbeit in der Nachbarschaftsregion auf dem Jean-Monnet-Seminar über die Östliche Partnerschaft und EU 2020 (10. Dezember 2010) sowie auf einer von der GD EAC organisierten Peer-Learning-Veranstaltung zu nationalen Qualifikationsrahmen vom 15. bis 17. Dezember 2010. Der Austausch der Ergebnisse des Turin-Prozesses mit den Kollegen von der GD EAC und der GD DEVCO erfolgte im März 2011 sowie auf der von der GD DEVCO organisierten „Sitzung von Sachverständigen für technische Berufsbildung und Bildung in der Entwicklungszusammenarbeit aus den EU-Mitgliedstaaten und von Interessenträgern“ (*Meeting of EU Member States' and Stakeholders' TVET and Education Experts in Development Cooperation*) (25. Januar 2011). Die Ergebnisse des Projekts „Frauen und Arbeit“ wurden gemeinsam mit der GD DEVCO verbreitet (6. Mai 2011), ebenso wie die Arbeit der ETF im Bereich Wissensmanagement (3. Februar 2011). Im März fand eine Diskussionsreihe mit der GD EMPL zu Themen im Zusammenhang mit der Überprüfung des IPA, der Arbeitsmigration und der sozialen Eingliederung statt.

Die ETF und andere EU-Agenturen

Die ETF und das Cedefop haben einen Aktionsplan für 2011 entwickelt, und Mitarbeiter beider Agenturen nahmen an einer Reihe von Aktivitäten teil, darunter die Agora-Konferenz des Cedefop „*A bridge to the future European vocational education and training policy 2002 to 2010*“, am 17. März 2011, die ETF-Konferenz „*Torino process: learning from evidence*“ am 10. und 11. Mai 2011 und der Experten-Workshop des Cedefop zur „*Pilot study on Europass, ECVET and EQF for documentation, validation and certification of learning outcomes*“, 10. und 11. Februar 2011.

Die ETF arbeitet auch mit Eurofound zusammen, und ein Vertreter nahm am 31. März 2011 an der Sitzung des beratenden Ausschusses des ETF-Sozialpartnerschaftsprojekts in ENP-Süd teil.

Die ETF nahm ferner an den „Agencies Days“ im Europäischen Parlament (1. bis 3. Februar 2011) teil und wird dem gemeinsamen Seminar der vier „Beschäftigungsagenturen“ (Cedefop, EU-OSHA, Eurofound und ETF) zum Thema „Jugend und Beschäftigung“ (30. Jun 2011) beiwohnen, das mit Unterstützung des Ausschusses für Beschäftigung des Europäischen Parlaments organisiert wird.

Zusammenarbeit mit Einrichtungen der EU-Mitgliedstaaten

Die ETF arbeitete sehr gut mit der ungarischen Ratspräsidentschaft zusammen und nahm an mehreren in diesem Zeitraum organisierten Sitzungen teil. Madlen Serban dankt der Ratspräsidentschaft für die entwickelte Zusammenarbeit und die während dieser Monate erhaltene Unterstützung:

Eines der Ziele der ETF ist die Stärkung der Beziehungen zu im Bereich der Humankapitalentwicklung tätigen Einrichtungen durch Teilnahme von Vorstandsmitgliedern und anderen nationalen Sachverständigen aus der EU an Veranstaltungen der ETF. Betreffend die Länder der südlichen Nachbarschaft konsultierte die ETF ihre Vorstandsmitglieder zu den thematischen Prioritäten und den Partnerländern, die für eine Zusammenarbeit von Interesse sind. Antworten gingen von Italien, Frankreich, Deutschland und Portugal ein. 2011 wird die ETF in einigen EU-Mitgliedstaaten Studienbesuche und Peer-Learning-Veranstaltungen organisieren, unter anderem im Vereinigten Königreich sowie in Portugal, Frankreich und Finnland.

Mehrere Vorstandsmitglieder haben ebenso wie einige von Einrichtungen der EU-Mitgliedstaaten benannte Sachverständige an Veranstaltungen der ETF teilgenommen.

In **Italien** profitierte die ETF von der Unterstützung mehrerer Einrichtungen und Organisationen. Vom Außenministerium wurde am 10. Dezember 2010 eine hochrangige Konferenz organisiert, deren Schwerpunkt auf der Beschäftigungsfähigkeit im Mittelmeerraum lag. Bei den Teilnehmern handelte es sich um Vertreter wichtiger Regierungsstellen und Sozialpartner aus der Region sowie internationaler Organisationen. Die italienische Regierung kofinanziert diverse Aktivitäten, unter

anderem die Entwicklung regionaler Qualifikationen und im Libanon den nationalen Qualifikationsrahmen sowie das unternehmerische Lernen.

Die ETF kooperiert auch mit ISFOL, dem italienischen Forschungszentrum für Fragen des Arbeitsmarkts und der Berufsbildung. Im Anschluss an institutionelle Treffen im Februar und April 2011 wurde eine Reihe gemeinsamer Aktionen zur Stärkung der Politikgestaltung im Bereich der technischen Berufsbildung in der Mittelmeerregion ermittelt.

Im November 2010 fand direkt im Anschluss an die Vorstandssitzung eine Konferenz statt, die in Zusammenarbeit mit dem Politecnico di Torino organisiert wurde, um die Ergebnisse des regionsübergreifenden ETF-Projekts zum unternehmerischen Lernen zu verbreiten.

Die ETF nahm an einer vom Jean-Monnet-Lehrstuhl der Universität Padua organisierten Veranstaltung zum Thema „*Education to Intercultural dialogue*“ am 22. und 23. März 2011 sowie an einem von der Handelskammer Turin organisierten Seminar zur regionalen Kooperation teil. Die ETF und die Handelskammer Mailand initiierten einen Wissens- und Informationsaustausch zum Thema des Unternehmertums von Frauen.

Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen

Die ETF kooperiert mit internationalen Organisationen wie UNESCO, OECD, IAO, Europäische Investitionsbank, Asiatische Entwicklungsbank, Weltwirtschaftsforum (Global Education Initiative) und RCC-Sekretariat.

Die ETF nimmt weiterhin an Sitzungen der agenturenübergreifenden Arbeitsgruppe Berufsbildung teil. Auf der Sitzung im Januar 2011 konzentrierten sich die Aktivitäten auf die Vorbereitung des *UNESCO TVET World Congress 2011* und den Globalen UNESCO-Bericht über die technische Berufsbildung (*UNESCO Global Report on TVET*). Vom 3. bis 5. Mai nahm die ETF auf Einladung der IAO an einer Konferenz teil, auf der die Entwicklung von HR-Pfeilern gemäß den Erfordernissen der G20 debattiert wurde.

Im Februar 2011 wurde mit der *Task Force Fostering and Building Human Capital in South Eastern Europe* des RCC-Sekretariats und ERI SEE ein gemeinsamer Aktionsplan für 2011 und 2012 vereinbart.

Zugleich führt die ETF mit Deloitte den Kovorsitz in der Arbeitsgruppe zu bewährten Verfahren im unternehmerischen Lernen im Rahmen des Weltwirtschaftsforums.

Bei Veranstaltungen der ETF war auch eine Reihe internationaler Organisationen vertreten.

Veranstaltungen der ETF

Seit der letzten Sitzung des Vorstands hat die ETF die folgenden Veranstaltungen organisiert:

- *Promoting Social Inclusion and Combating Poverty through Cooperation in Education, Training and Work in EU Neighbouring Countries*, Europäisches Parlament, Brüssel, 2. und 3. Dezember 2010;
- *Education, business and innovation for growth and jobs* – Gemeinsame Ausstellung der EU-Agenturen im Europäischen Parlament, Brüssel, 1. bis 3. Februar 2011;
- *Torino Process: Learning from Evidence*, Turin, 10. bis 11. Mai 2011.

Bevorstehende Veranstaltungen:

- *Working together for youth employment* – Gemeinsames Seminar der EU-Agenturen (Eurofound, Cedefop, EU-OSHA und ETF), Europäisches Parlament, Brüssel, 30. Juni 2011;
- *Qualifications Frameworks - from concepts to implementation*, Europäisches Parlament, Brüssel, 6. und 7. Oktober 2011.

Der Turin-Prozess

Die ETF erarbeitete Länderberichte und länderübergreifende Berichte zum Turin-Prozess und zur Zusammenarbeit von Bildung und Wirtschaft. Auf der Konferenz der ETF am 10. und 11. Mai 2011 wurden die Berichte den Kommissionsdienststellen GD EAC, GD EMPL und GD DEVCO sowie

Interessenträgern vorgestellt. Während der Konferenz nahmen die als Vertreter der Partnerländer anwesenden Teilnehmer eine *Verpflichtungserklärung* an, welche die politischen Prioritäten, die wichtigsten Ergebnisse, vier Schlüsselprinzipien, zwei Umsetzungsmodalitäten sowie die Verpflichtung zur Teilnahme an der nächsten Phase der Aktivitäten enthält. In dem während der Konferenz organisierten Seminar für politische Führungskräfte erörterten Minister, stellvertretende Minister und hochrangige Beamte die evidenzbasierte Politikgestaltung aus ihrer Perspektive, befanden die Diskussionen für extrem zweckdienlich und ersuchten die ETF, auch künftig Veranstaltungen dieser Art zu organisieren.

Aktivitäten im südlichen Mittelmeerraum

Der südliche Mittelmeerraum ist gegenwärtig eine Region der Revolution und des politischen Wandels, die eine Neuausrichtung der Aktivitäten der ETF erforderlich gemacht haben. Die Revolutionen in Ägypten und Tunesien forderten Demokratie und Arbeitsplätze. Die innerhalb von 15 Jahren benötigten 60 Millionen Arbeitsplätze für junge Menschen könnten eine Gefahr für den demografischen Wandel darstellen. Es gibt eine neue Fokussierung auf ein Mehrebenensystem und eine integrative Staatsführung sowie auf die Rolle von KMU und Kompetenzentwicklung. Ende Februar/Anfang März 2011 wurden die Aktivitäten der ETF in Ägypten und Tunesien eingestellt, die Arbeit in Syrien ist derzeit ausgesetzt.

In Bezug auf **Tunesien** überwacht und unterstützt die ETF die Umsetzung eines Fahrplans für die Beschäftigungsförderung. Sie konzentriert ihre Aktivitäten auf die Kompetenzentwicklung für KMU auf regionaler Ebene. Ein weiterer Interventionsbereich ist die Humanressourcenentwicklung zur Unterstützung der regionalen Entwicklung. Ausnahmsweise hilft die ETF beim Aufbau von Kapazitäten in der internen und externen Kommunikation mithilfe sozialer Medien. In Tunesien arbeitet die ETF mit internationalen Einrichtungen und Agenturen zusammen.

In **Ägypten** unterstützt die ETF die Vorbereitung eines neuen, groß angelegten EU-Projekts im Bereich der technischen Berufsbildung. Die ETF legte Kurzdossiers zur technischen Berufsbildung und zur Beschäftigung vor. Übersichtsdarstellungen zur Beschäftigungsfähigkeit für die Länder der Union für den Mittelmeerraum werden gegenwärtig erarbeitet. Im Rahmen der EuroMed-Arbeitsgruppe zur industriellen Zusammenarbeit präsentierte die ETF ihren Beitrag zur Kompetenzdimension des Wachstums von KMU, einschließlich von „Green Skills“. Zu den regionalen und nationalen Aktivitäten gehören das Seminar über die Finanzierung der Berufsbildung in Marokko, die Sitzung des beratenden Gremiums für das Projekt zur regionalen Sozialpartnerschaft sowie nationale Workshops zur Vergleichbarkeit von Qualifikationen und ihrer Korrelation mit dem EQR.

Aktivitäten in den westlichen Balkanstaaten und in der Türkei

In dieser Region unterstützt die ETF die Vorbereitung der IPA-Mehrlanderprojekte, indem sie einen Beitrag zur Ausarbeitung der Projektkarten und zur Einsetzung einer Taskforce zu sozialer Eingliederung sowie allgemeiner und beruflicher Bildung leistet. Die ETF organisierte ferner ein Regionaltreffen zur Entwicklung des privaten Sektors durch Kompetenzentwicklung in Budva, Montenegro.

Der GD EMPL wurden Kurzberichte über die in den Bereichen Humankapitalentwicklung, Beschäftigung und soziale Eingliederung erzielten Fortschritte vorgelegt. Die Ausarbeitung von Überprüfungen im Bereich Humanressourcenentwicklung für die drei Kandidatenländer läuft. Zugleich wird in Montenegro und Serbien ein *Peer Review* der Entwürfe der operativen Programme durchgeführt. Beiträge zu den NQR werden in Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Kosovo², Serbien und der Türkei geleistet.

Aktivitäten in der Östlichen Partnerschaft und Zentralasien

Eine Bewertung der Fortschritte der KMU-Politiken und ihrer Leistung in Osteuropa wurde 2011 begonnen und in allen unter die Östliche Partnerschaft fallenden Ländern durchgeführt. In Turin fand die Auftaktsitzung zu einem neuen Projekt zum gegenseitigen Lernen in der beruflichen Weiterbildung statt. In Bezug auf die NQR finden Aktivitäten in Form von Workshops in Aserbaidschan, der Republik Moldau und der Ukraine statt.

In Zentralasien wurde in Astana eine Regionalkonferenz zu den Erkenntnissen aus dem Turin-Prozess organisiert, und die ETF erstellt eine Analyse der Erkenntnisse aus einer Erhebung zu einem in Zentralasien laufenden Schulentwicklungsprojekt.

² Gemäß UNSCR 1244/1999.

Entwicklung von themenbezogenem Fachwissen

Das themenbezogene Fachwissen der ETF wird entwickelt, um die Förderung der Berufsbildung in den Partnerländern zu unterstützen. Die ETF hat drei **Communities of Practice**: 1) Qualifikationen und Qualität, 2) Unternehmertum und unternehmerische Kompetenzen sowie 3) soziale Eingliederung und soziale Gerechtigkeit in der Berufsbildung. „Qualifikationen und Qualität“ bereitet die Lancierung einer Qualifikationenplattform und eine Studie zu institutionellen Regelungen für NQR vor und unterstützt die Entwicklung von NQR (z. B. in Kroatien, Kosovo, Türkei, Ukraine). „Unternehmertum und unternehmerische Kompetenzen“ unterstützt die Implementierung von *SBA Assessments* in der östlichen Partnerschaftsregion und erstellt ein Konzeptpapier zu Kompetenzen für KMU als Leitfaden für die künftige Arbeit der ETF. „Soziale Eingliederung und soziale Gerechtigkeit in der Berufsbildung“ führt Veranstaltungen zur Verbreitung der Ergebnisse des Projekts „Frauen und Arbeit“ durch, das einen Beitrag zum *Euromed Gender Equality Programme (EGEP)* zu Geschlechterfragen in der Mittelmeerregion leistet, und hat im Mai 2011 die Konferenz „*Equity and Competitiveness: two sides of the Human Capital Development coin*“ (Gerechtigkeit und Wettbewerbsfähigkeit: die zwei Seiten der Medaille der Humankapitalentwicklung) organisiert.

Im Rahmen des Projekts zur Abstimmung und Antizipation von Kompetenzen wurde ein Experten-Netzwerk errichtet und werden die Konzepte für die Abstimmung und Antizipation von Kompetenzen überprüft sowie ein Methodikpapier für die Messung der Inkongruenz von Kompetenzen erarbeitet.

Ein weiteres Projekt bezieht sich auf das Lernen in verschiedenen Kontexten und in der Berufsbildung; es umfasst die Lancierung einer Studie zu arbeitsbasierten Lernstrategien und Bildungsangeboten in Partnerländern der ETF sowie ein Papier zu formalen und informellen Ausbildungen.

Im Bereich Migration und Kompetenzen konzentriert sich die ETF auf die Aktualisierung ihrer Methodik und deren Anpassung an Länderkontakte, die Lancierung von Erhebungen in Armenien, Georgien und Marokko und die Bereitstellung von Beiträgen zu Mitteilungen der Europäischen Kommission.

Rechnungshof

Vom 16. bis 20. Mai 2011 wurde die ETF durch den Rechnungshof geprüft. Vorläufige Anmerkungen für das Haushaltsjahr 2010, die während der Sitzung der Agenturleiter in Brüssel am 1. Juni 2011 informell mitgeteilt wurden, lassen darauf schließen, dass es zum ersten Mal keine Anmerkungen gibt und die ETF sehr positives Feedback erhalten hat.

Interner Auditdienst (IAS)

Im April 2011 führte der IAS ein Audit der externen und der internen Kommunikation durch; der zugehörige Bericht wird demnächst folgen. Der IAS-Jahresbericht über Aktivitäten innerhalb der ETF im Jahr 2010 enthält eine positive Bewertung der Organisation und besagt insbesondere: „Das bei der ETF eingerichtete interne Kontrollsysteum bietet eine angemessene Zuverlässigkeit hinsichtlich des Erreichens der Ziele des jährlichen Planungsprozesses“; der Bericht enthält nur eine „sehr wichtige“ Empfehlung betreffend den Überwachungsrahmen, in der die ETF aufgefordert wird, „die Zweckmäßigkeit und den Mehrwert des neuen Planungskonzepts zu beschreiben“. Diese Empfehlung wurde von der ETF im Einklang mit dem vereinbarten Aktionsplan bereits angegangen und vom IAS am 30. März 2011 als voll umgesetzt abgeschlossen. Es gibt keine noch offenen „kritischen“ oder „sehr wichtigen“ Empfehlungen. Es bleiben nur drei „wichtige“ Empfehlungen, die sich im Status „bereit zur Überprüfung“ befinden.

Der effizienzorientierte Management-Rahmen der ETF

2011 arbeitet die ETF an der Weiterentwicklung ihres effizienzorientierten Management-Rahmens, um diesen zu verbessern und seinen Mehrwert zu belegen. Als ergebnisorientierter Rahmen konzentriert er sich auf die Qualitätssicherung für die gesamte ETF und verfolgt ein umfassendes Konzept, das sowohl quantitative als auch qualitative Indikatoren berücksichtigt. Die Dokumente zum effizienzorientierten Management-Rahmen, die im Qualitätsmanagementsystem der ETF untermauert werden, werden den Erwartungen zufolge 2011 fertiggestellt werden, sodass sie 2012 umgesetzt werden können.

Humanressourcen

Im Anschluss an die funktionale Analyse der Abteilung Verwaltung hat sich die Erprobung des dezentralen Finanzmanagementmodells als erfolgreich erwiesen. Effizienzgewinne resultieren aus

erheblichen Verringerungen von Transaktionsverarbeitungszeiten. Dieses Modell wird ab dem 1. Juli 2011 auf andere Abteilungen übertragen. Die zentrale Funktion „Finanzen und Auftragsvergabe“ konzentriert sich jetzt auf eine verbesserte Qualitätskontrolle.

Die ETF hat insgesamt 128 Mitarbeiter. Dem Stellenplan zufolge sind 92 der 96 Stellen für Bedienstete auf Zeit besetzt. Vier freie Stellen (einschließlich derjenigen des stellvertretenden Direktors, sofern diese durch den Vorstand gebilligt wird) sollen 2011 besetzt werden. Zu den weiteren Mitarbeitern gehören 32 Vertragsbedienstete, zwei lokale Bedienstete und zwei abgeordnete nationale Sachverständige.

Mittelübertragungen innerhalb des Haushaltsplans

Die Direktorin erklärt, dass die Mittelbindung zum 1. Juni bei etwa 72 % lag, und legt eine Aufstellung operativer und administrativer Mittelzuweisungen vor. 2011 wurden nur zwei Mittelübertragungen vorgenommen, in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Rechnungshofs.

iii. Aktuelle Informationen zur belgischen, ungarischen und polnischen EU-Ratspräsidentschaft

György Szent-Léleky (Ungarn) erklärt im Rahmen der Vorstellung der Ergebnisse der ungarischen Ratspräsidentschaft, dass diese ihre Aktivitäten auf vier Prioritäten konzentriert hat: Wachstum und Beschäftigung für den Erhalt des europäischen Sozialmodells, ein stärkeres Europa, eine bürgerfreundliche Union sowie die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik.

Im Bereich der Economic Governance trug die ungarische Ratspräsidentschaft zur Annahme eines allgemeinen Konzepts bei: präventive und korrektive Teile des Stabilitäts- und Wachstumspakts, Anforderungen an den Haushaltsrahmen für Mitgliedstaaten, Verhütung und Behebung makroökonomischer Ungleichgewichte, wirksame Durchsetzung der Haushaltskontrolle in der Eurozone sowie Durchsetzungsmaßnahmen zur Behebung übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte.

Der Rat nahm den fünften Kohäsionsbericht und mehrere Maßnahmen in den Bereichen Energie und gemeinsame Agrarpolitik an.

Eine der wichtigsten Prioritäten der Ratspräsidentschaft war mit dem Bereich einer bürgerfreundlichen Union verknüpft, und unter diesem Schlagwort wurden am 31. Januar die Rahmengrundsätze der Roma-Strategie angenommen, die sich auf Bildung, Beschäftigung und Wohnungswesen konzentriert. Am 8. April wurde die europäische Bürgerinitiative unterzeichnet, der zufolge durch schriftlichen Antrag einer Million Bürger Rechtsetzungsarbeiten in der EU angestoßen werden können.

Was den Erweiterungsprozess anbelangt, unterstützte die ungarische Ratspräsidentschaft den Abschluss der Verhandlungen mit Kroatien im Juni 2011.

Der Rat (Bildung) nahm die folgenden Dokumente an:

- Beitrag zu den Prioritäten von Europa 2020 – Schlüsselbotschaften (Tagung des Rates am 14. Februar);
- Empfehlung zur Senkung der Schulabrecherquote (Tagung des Rates am 20. Mai);
- Empfehlung zur Förderung der Lernmobilität (Tagung des Rates am 20. Mai);
- Schlussfolgerungen zur frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung (Tagung des Rates am 20. Mai).

Im ersten Halbjahr 2011 wurden von der ungarischen Ratspräsidentschaft diverse Veranstaltungen, Konferenzen und Seminare organisiert; in seiner Zusammenfassung erklärt György Szent-Léleky, dass es sich dabei um 14 Veranstaltungen auf Ministerebene, 26 Veranstaltungen auf Staatssekretärsebene und 43 Veranstaltungen auf Sachverständigenebene gehandelt hat.

Jerzy Wiśniewski (Polen) stellt kurz die Prioritäten der polnischen Ratspräsidentschaft vor, zu denen Bildung für Mobilität sowie die Modernisierung der Hochschulen gehören. Der Kontext für die Umsetzung von Maßnahmen wird die folgenden strategischen EU-Dokumente umfassen: die

Strategie „Europa 2020“ und ihre Leitinitiativen – Jugend in Bewegung, Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten und der strategische Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („ET 2020“) sowie die für das dritte Quartal 2011 erwartete Mitteilung der Europäischen Kommission über die Modernisierung der Hochschulen.

Die Ratspräsidentschaft wird auch eine Debatte über Fragen der Lernmobilität im Rahmen der Bildungsprogramme der EU anstoßen, und zwar in umfassender Weise und unter Berücksichtigung der internationalen Dimension (einschließlich der Nachbarländer der EU). Die Debatte über die Prioritäten für den zweiten Zyklus der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung für die Jahre 2012-2014 wird ebenfalls ein wichtiger Teil der Agenda der Ratspräsidentschaft sein.

Ein Ziel der Ratspräsidentschaft ist es, die Arbeiten zur Entwicklung der Kompetenzen junger Menschen und Erwachsener im Kontext des lebenslangen Lernens voranzubringen, einschließlich der Sprachkompetenz, um so dazu beizutragen, dass das Studieren oder Arbeiten im Ausland weitere Verbreitung finden. Die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Berufsbildung, Hochschulbildung und Arbeitgebern sowie anderen Einrichtungen im sozialen und wirtschaftlichen Umfeld, der Beitrag zur Verbesserung der Qualität der Bildung sowie die Schaffung flexibler Pfade für das lebenslange Lernen – all dies sind wichtige Aspekte dieser Arbeit.

Schwerpunkte der Ratspräsidentschaft werden die Förderung der Qualität im Kontext der Popularisierung von Hochschulbildung, Lehre und wissenschaftlicher Forschung, die Differenzierung und Transparenz von Hochschulbildungseinrichtungen, die Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen, die Partnerschaft mit der Geschäftswelt sowie die soziale Dimension der Hochschulbildung sein.

Während der Präsidentschaft werden unter anderem die folgenden Veranstaltungen organisiert werden:

- Konferenz über die östliche Dimension der Mobilität, Warschau, 6. und 7. Juli;
- Sitzung der GD VET, Krakau, 24. bis 27. September;
- Konferenz über „*Multilingual competences for professional and social success in Europe*“ (Mehrsprachige Kompetenz für beruflichen und sozialen Erfolg in Europa), Warschau, 28. und 29. September;
- Treffen der für die Pflichtschulbildung zuständigen Minister, Danzig, 10. und 11. Oktober;
- Konferenz über „*Mobility as a tool to acquire and develop competences from childhood to seniority*“ (Mobilität als Instrument für den Erwerb und den Ausbau von Kompetenzen von der Kindheit bis ins Alter), Sopot, 17. bis 21. Oktober;
- Konferenz über „*Modernisierung der Hochschulen*“, Sopot/Danzig, 24. und 25. Oktober;
- Konferenz „*Effective policies for the development of competences of youth*“ (Wirksame Strategien für die Entwicklung der Kompetenzen junger Menschen), Warschau, 16. bis 18. November.

5. Jährlicher Tätigkeitsbericht 2010 und jährlicher Tätigkeitsbericht 2010 – Analyse und Bewertung

Madlen Serban, Xavier Matheu de Cortada und **Alastair Macphail** stellen den Entwurf des jährlichen Tätigkeitsberichts 2010 vor. Das Dokument wurde Anfang 2011 erstellt und dem Vorstand im März übermittelt. Bei der ETF gingen Anmerkungen der GD ELARG ein, die in den zur Annahme vorgelegten Text aufgenommen wurden. Er wurde auf der Sitzung zum strukturierten Dialog zwischen der ETF und der Kommission im April und auf der Arbeitsgruppensitzung des Vorstands im März erörtert.

Madlen Serban dankt den Vorstandsmitgliedern, die sich zur Teilnahme an der Konsultation mit der ETF über das Dokument im März 2011 bereit erklärten, und erläutert, dass die ETF ihr

Arbeitsprogramm durch Länderpläne, regionale Projekte und regionsübergreifende Projekte im Einklang mit den in der Mittelfristigen Perspektive 2010-2013 festgelegten Zielen umgesetzt hat. Sie verweist auf den Turin-Prozess als wichtigste Triebkraft für das Arbeitsprogramm 2011 der ETF. Die Unterstützung der evidenzbasierten Politikgestaltung umfasste eine tief greifende Überprüfung der Zusammenarbeit zwischen Bildung und Wirtschaft, was einem spezifischen Ersuchen der GD EAC entsprach. Die Überprüfung wurde in 28 Ländern durchgeführt (nur Algerien nahm nicht teil), und die Analyse konzentrierte sich auf die Zusammenarbeit der Wirtschaft mit der sekundären Berufsbildungsebene und der berufsorientierten Hochschulbildung. **Xavier Matheu** konzentriert sich in seiner Einlassung auf die Leistungen auf operativer Ebene in allen Partnerregionen der ETF. Im Bereich des themenbezogenen Fachwissens entwickelte die ETF im Jahr 2010 ihre Aktivitäten im Rahmen der *Communities of Practice* zu Qualifikationssystemen und -rahmen, Tertiärbildung, Indikatoren und Daten für evidenzbasierte Politik, Übergang von der Schule zur Arbeit, Beschäftigung und Arbeitsmarkt sowie nachhaltige Entwicklung und Berufsbildung.

Im Bereich des effizienzorientierten Managements überprüfte die ETF die Leistungsindikatoren der Organisation sowie die wichtigsten organisatorischen Managementprozesse in den Bereichen Planung, Überwachung, Evaluierung, Risikomanagement und Berichterstattung und entwickelte das Dashboard. Unter Berücksichtigung der wichtigen Entwicklungen, die sich 2010 in der Organisation und ihren Management- und Aufsichtsprozessen vollzogen, kann davon ausgegangen werden, dass das interne Kontrollsyste der ETF wie beabsichtigt funktioniert. Es bietet somit hinreichende Sicherheit für die angemessene Kontrolle der mit den Leistungszielen, den Compliance-Zielen und den Zielen zum Schutz der Mitarbeiter und der Sicherung von Vermögenswerten und Informationen der ETF verbundenen Risiken.

Alastair Macphail stellt die Ergebnisse bei den Ressourcen vor. Bei den in der Subvention 2010 als Mittelbindungen zur Verfügung stehenden 18,832 Mio. EUR erreichte die ETF eine Mittelbindungsrate von 99,9 % (im Vergleich zu 99,8 % im Jahr 2009 und 98,5 % im Jahr 2008). Die ETF zahlte 87,1 % des gebundenen Betrags aus (im Vergleich zu 82 % im Jahr 2009 und 84 % im Jahr 2008). Bei Einbeziehung der Zahlung für aus dem Vorjahr übertragene operative Mittelbindungen erreichte die ETF für die 2010 zur Verfügung stehenden 19,297 Mio. EUR an Zahlungsermächtigungen eine Zahlungsausführungsrate von 96,5 % (im Vergleich zu ca. 90 % in den Jahren 2009 und 2008). Die ETF halbierte die Zahl der Mittelübertragungen auf 15 im Jahr 2010, im Vergleich zu 33 im Jahr 2009, und übertrug 12,8 % des für 2010 gebundenen Betrags auf das Folgejahr (im Vergleich zu 17 % im Jahr 2009 und 15 % im Jahr 2008).

György Szent-Léleky (Ungarn) präsentiert im Namen der ungarischen Ratspräsidentschaft die Analyse und Bewertung des jährlichen Tätigkeitsberichts 2010. Das Dokument wurde von Vorstandsmitgliedern und den vom Europäischen Parlament benannten unabhängigen Sachverständigen erörtert. Die allgemeine Meinung über die Arbeit der ETF ist positiv.

György Szent-Léleky trägt kurz die während der informellen Sitzung formulierten Meinungen der Vorstandsmitglieder vor. Hinsichtlich der Kostenwirksamkeit gab es einige Vorschläge zur Verwendung von Indikatoren, beispielsweise Beschäftigungsquoten. Diese Meinung ist jedoch nicht einstimmig. Es ist auch wichtig, dass widergespiegelt wird, wie sich politische Veränderungen auf die Arbeit der ETF auswirken. Einige Vorstandsmitglieder ersuchten um eine kurze Beschreibung zu jedem Partnerland, in der Stärken und Schwächen behandelt werden und erläutert wird, was entwickelt und was erreicht wurde.

Nuno Pestana (Portugal) ersucht um Klarstellung zur Analyse und Bewertung des jährlichen Tätigkeitsberichts 2010. Teil III besagt, dass sieben der acht Empfehlungen des IAS 2010 bereits abgeschlossen wurden, was jedoch nicht im Bericht selbst zum Ausdruck kommt. Madlen Serban erläutert, dass die Informationen über die Anzahl der abgeschlossenen Empfehlungen (sieben von acht) in der Tabelle unter Ziffer 3.3 des jährlichen Tätigkeitsberichts aufgeführt sind.

Der Vorstand nimmt den jährlichen Tätigkeitsbericht 2010 und die Analyse und Bewertung des jährlichen Tätigkeitsberichts 2010 an.

6. Jahresabschluss 2010 der ETF

Martine Smit (ETF), die vom Vorstand 1999 zur Rechnungsführerin ernannt wurde, präsentiert den Jahresabschluss 2010.

Der Jahresabschluss wurde vom Rechnungshof geprüft, und am 31. Mai 2011 ging eine vorläufige Stellungnahme ein. Diese vorläufige Stellungnahme besagt, dass der Jahresabschluss der ETF ihre finanzielle Situation zum 31. Dezember 2010 in allen materiellen Aspekten angemessen darstellt und dass die Ergebnisse ihrer Tätigkeiten und Kapitalflüsse für das Jahr den Bestimmungen der Finanzregelung entsprechen. Die Stellungnahme des Rechnungshofs ist die Grundlage für die Entlastung durch das Europäische Parlament. Die Entlastung für das Haushaltsjahr 2009 erhielt die ETF am **24. Januar 2011**.

Die Stellungnahme des Vorstands ist unverzichtbar für die Entlastung zur Ausführung des Haushaltsplans.

Die angewandten Grundsätze sind die periodengerechte Buchführung, die auf erfolgten Transaktionen und anderen Ereignissen basiert (und nicht nur bei Vereinnahmung oder Zahlung von Geld oder äquivalenten Werten), und die kassenbasierte Buchführung, die auf Geldströmen basiert, was bedeutet, dass Transaktionen erfasst werden, wenn Geld vereinnahmt oder gezahlt wird.

Die wichtigsten Veränderungen:

Wirtschaftliches Ergebnis: Als Einnahmen werden nur die gezahlten Mittel erfasst, nicht der vereinnahmte Gesamtbetrag. Verglichen mit 2009 zahlte die ETF fast denselben Betrag aus den verfügbaren Zahlungsermächtigungen aus. Die Tatsache, dass das wirtschaftliche Ergebnis einen Gewinn ausweist, ist nur ein Ergebnis auf dem Papier, das alle möglichen anstehenden Ereignisse umfasst und nicht den an die Europäische Kommission zurückzuzahlenden Betrag darstellt.

Übersicht über die Kapitalbestandsveränderungen: Bei der ETF ist die einzige Kapitalbestandsveränderung das wirtschaftliche Ergebnis. Dieses Ergebnis führt zu einer Veränderung des Kapitalbestands in der Bilanz.

Bilanz: Es gibt keine bemerkenswerten Unterschiede im Vergleich zu 2009. Die Bilanzsumme weist einen Rückgang um 1,3 Mio. EUR aus. Dies ist vor allem auf die Abnahme der Zahlungsmitteläquivalente zurückzuführen, die durch die sehr knappe Finanzvorhersage begründet war.

Cashflow: Die ETF hat ihre Finanzen weiterhin sehr genau kontrolliert, was zu einem hohen Prozentsatz an Zahlungen und einer fortlaufenden Abnahme des Kassenmittelbestands geführt hat.

Haushaltsergebnis: Das Haushaltsergebnis basiert auf der Ausführung von Zahlungsermächtigungen. Der Haushaltsplan besteht aus Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungsermächtigungen. Die Verpflichtungsermächtigungen entsprechen den geplanten Aktivitäten und dem Arbeitsprogramm, die Zahlungsermächtigungen entsprechen dem für die Auszahlung der gebundenen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehenden Betrag. Die Berichtigungen stellen die von 2009 auf 2010 übertragenen Zahlungsermächtigungen, den Verfall von aus 2009 übertragenen Zahlungsermächtigungen, Wechselkursdifferenzen und das negative Ergebnis aus dem Haushaltsergebnis 2009 dar. Das endgültige Ergebnis stellt den von der Europäischen Kommission zu erstattenden Betrag dar und betrifft die ETF-Subvention. Die zur Verfügung stehenden Ermächtigungen wurden zu 96,49 % ausgezahlt.

Die zweckgebundenen Mittel bestehen aus dem italienischen Treuhandfonds (vom italienischen Außenministerium) und dem MEDA-ETE-Abkommen. Der Zeitraum für die Bindung dieser Mittel endete am 31. Dezember 2009, daher standen keine Mittel für die Mittelbindung zur Verfügung. Bei der ETF-Subvention ist die Mittelbindung im Vergleich zu 2009 etwas höher. Die Mittelbindung für zweckgebundene Mittel wird, ebenso wie die ETF-Subvention, per Kalenderjahr berechnet, zweckgebundene Mittel sind jedoch mehrjähriger Natur, infolgedessen ist die Mittelbindung kein Indikator für die Effizienz.

Die Differenzen zwischen dem wirtschaftlichen Ergebnis und dem Haushaltsergebnis sind Rechnungsabgrenzungsposten und Umbuchungen. Wenn das Haushaltsergebnis ausschließlich auf im jeweiligen Haushaltsjahr zufließenden und abfließenden Mitteln beruht, basiert das wirtschaftliche Ergebnis auf der Realität und auf Ereignissen, die in diesem Haushaltsjahr stattgefunden haben, d. h. Abschreibung, gezahlte Vorfinanzierungen und zum Jahresende eingegangene und nicht beglichene Rechnungen. Des Weiteren deckt das wirtschaftliche Ergebnis auch die Rückbuchung der erfassten Rechnungsabgrenzungsposten aus der Vorjahresbilanz ab.

Ende Oktober 2010 führte die ETF die neuen Haushaltsführungssysteme ABAC und SAP ein. Dies verursachte mehrere Probleme beim Jahresabschluss und bei der Vorbereitung des Haushaltsvollzugs. Es musste das Ergebnis von zwei Systemen kombiniert werden.

Der Finanzregelung zufolge sind die Zinseinnahmen aus der ETF-Subvention an die Europäische Kommission zurückzuzahlen. Bei allen zweckgebundenen Mitteln ist dies von den einzelnen Übereinkommen abhängig.

György Szent-Léleky (Ungarn) stellt den Entwurf der Stellungnahme des Vorstands zum Jahresabschluss 2010 der ETF vor.

Das Dokument wird vorgelegt und steht im Einklang mit dem Mandat der ETF. Basierend auf dem jährlichen Tätigkeitsbericht 2010, der eidesstattlichen Zuverlässigkeitserklärung der Direktorin und dem von ihr geäußerten Vertrauen in die Prüfungen und die Tätigkeiten der ETF, der Bescheinigung des Jahresabschlusses durch die Rechnungsführerin der ETF und der Zuverlässigkeitserklärung des Rechnungshofs wird der Vorstand ersucht, seine Stellungnahme zum Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2010 abzugeben.

Der Bericht des Rechnungshofs war positiv und enthielt keine Anmerkungen zur Haushaltsführung der ETF im Jahr 2010.

Der Vorstand nimmt seine Stellungnahme zum Jahresabschluss 2010 der ETF an.

7. Organisationsstruktur der ETF

Madlen Serban präsentiert einen Vorschlag für die neue Organisationsstruktur und erklärt, dass dieser auf der 2010 durchgeföhrten institutionellen und finanziellen Analyse sowie auf den Empfehlungen aus den Audits und anderen Analysen basiert. Es wird vorgeschlagen, die vom Vorstand zusammen mit dem Arbeitsprogramm 2011 angenommene Struktur wie auf der letzten Vorstandssitzung angekündigt zu ändern. Insofern wird die Organisation der ETF aus Abteilungen, Referaten und sonstigen administrativen Einheiten (Zellen, Teams oder Gruppen) bestehen. Es gibt sechs Abteilungen: 1) Verwaltung, 2) Planung, Überwachung und Evaluierung, 3) Geografische Abteilung, 4) Evidenzbasierte Politikgestaltung, 5) Themenbezogenes Fachwissen und 6) Kommunikation. Gemäß der neuen Organisationsstruktur wird die rechtliche Beratung unmittelbar der Direktorin unterstellt sein, im Einklang mit einer Empfehlung aus einem jüngst durchgeföhrten Audit der Funktion. In Anbetracht der umfangreichen Arbeit, die im Zusammenhang mit verschiedenen Interessengruppen durchgeführt wird, und im Hinblick auf eine bessere Koordinierung zwischen den Abteilungen wird die Funktion Zusammenarbeit mit Interessengruppen ebenfalls unmittelbar der Direktorin unterstellt sein. Eine wichtige Änderung bezieht sich auf die Schaffung der neuen Position eines stellvertretenden Direktors. Die neue Position wird das Management der Organisation in Bezug auf Koordinierung und Repräsentation stärken. Der Entwurf der Stellenausschreibung für diese Position wird zur Information vorgelegt.

György Szent-Léleky (Ungarn) trägt die Diskussionen der Vorstandsmitglieder während ihres informellen Treffens vor und erklärt, dass es einige Fragen zur logischen Grundlage der Schaffung der neuen Position gab. Er erläutert, dass die Mehrzahl der Vorstandsmitglieder den Vorschlag befürwortet.

Micheline Scheys (Belgien) legt dar, dass es der Direktorin obliegt, über die Schaffung der Position des stellvertretenden Direktors zu entscheiden, solange der Vorschlag mit dem genehmigten Haushaltsplan und den Zielen der Einrichtung im Einklang steht.

Sara Parkin (vom EP benannte unabhängige Sachverständige) merkt zum Abschnitt mit den Eignungskriterien in der Stellenbeschreibung an, wie wichtig Kompetenzen und Erfahrungen für den Umgang mit hochrangigen Vertretern verschiedener Einrichtungen sind.

Nuno Pestana (Portugal) wirft die Frage der Kohärenz zwischen der Organisationsstruktur und der Geschäftsordnung auf, da die Geschäftsordnung die Funktion des stellvertretenden Direktors nicht erwähnt. Madlen Serban erklärt, dass es eine Bezugnahme auf den stellvertretenden Direktor gibt.

Pat Hayden (Irland) bringt seine Vorbehalte gegenüber dem Vorschlag zum Ausdruck, da dieser die Auswahl der Bewerber einschränkt.

Der Vorsitzende merkt an, dass es Aufgabe der Direktorin ist, die Bedingungen für die Ausschreibung festzulegen, und dass alle Aspekte berücksichtigt werden sollten.

Madlen Serban schlägt vor, einen Vertreter des Vorstands als Beobachter in das Auswahlverfahren einzubeziehen.

Die neue Organisationsstruktur wird vom Vorstand angenommen.

8. Geschäftsordnung der ETF

Der Vorsitzende erklärt, dass gemäß Artikel 9 Buchstabe g der ETF-Verordnung die Kommission eine Stellungnahme zu der Geschäftsordnung der ETF abgeben sollte. Der Entwurf der Stellungnahme ist ausgearbeitet und befindet sich im Prozess der Annahme. Das Dokument wird dem Vorstand zur Information vorgelegt. Die Annahme wird im Wege des schriftlichen Verfahrens erfolgen, nachdem die Stellungnahme der Kommission angenommen wurde.

Xavier Matheu erläutert, dass die Geschäftsordnung die organisatorischen und operativen Verfahren und die für die ETF geltenden zugehörigen Bestimmungen festlegt. Das Dokument besteht aus folgenden Teilen: Rechtsrahmen „Governance“, Management der für die behördliche Kontrolle zuständigen externen Stellen, Organisationsstruktur, interne Gremien, Entscheidungsfindungsprozess und Abschlussbestimmungen. Er präsentiert kurz die einzelnen Kapitel des Entwurfs der Geschäftsordnung.

Der Vorsitzende erwähnt, dass die Kommission dem Entwurf der Stellungnahme zufolge das von der ETF vorgelegte Dokument begrüßt. Es gibt einige Verbesserungsvorschläge, die von der ETF überdacht werden sollten.

Jerzy Wiśniewski (Polen) fragt, ob die ETF die Geschäftsordnung in der Praxis anwendet. Madlen Serban erläutert, dass die vorgeschlagene Geschäftsordnung die gegenwärtige Praxis sowie die Notwendigkeit zur Verbesserung bestimmter Aktivitäten berücksichtigt.

Sara Parkin verweist auf die Tatsache, dass das Dokument keine Bestimmungen für eine Überprüfung enthält, insbesondere Arbeitsgruppen oder andere Strukturen, die im Laufe der Zeit möglicherweise geändert werden müssen. Der Vorsitzende legt dar, dass Audits, die zu verschiedenen Funktionen durchgeführt werden, so konzipiert sind, dass sie aufzeigen, ob die Notwendigkeit einer Überprüfung besteht, und dass ein exzessiver regulatorischer Rahmen nicht notwendig ist. Madlen Serban verweist auf Artikel 39 des Entwurfs der Geschäftsordnung, der besagt, dass eine Überprüfung erfolgen kann, wann immer diese für notwendig oder angemessen erachtet wird.

9. Entwurf des Arbeitsprogramms 2012

Madlen Serban, Xavier Matheu und Alastair Macphail stellen den Entwurf des Arbeitsprogramms der ETF vor.

Madlen Serban erklärt, dass der Entwurf des Arbeitsprogramms gemäß den Bestimmungen der ETF-Verordnung an die Kommission zur Stellungnahme zu übermitteln ist. Nach den Erörterungen mit dem Vorstand wird das Dokument aktualisiert und der Vorstand zur Teilnahme an einem Konsultationstreffen im September eingeladen werden. Das Arbeitsprogramm wird auf der Vorstandssitzung im November zur Annahme vorgelegt. Sie legt zudem dar, dass der Entwurf auf folgenden Annahmen basiert: Die Subvention der Europäischen Kommission für die ETF im Jahr 2012 wird 20,247 Mio. EUR betragen, die Gesamtzahl der Stellen im Jahr 2012 bei 134 liegen und die insgesamt als Vollzeitäquivalent verfügbare Mitarbeiterkapazität im Jahr 2012 129,5 VZÄ betragen. Die ETF beantragte in Anbetracht der Notwendigkeit, die Unterstützung für Ägypten und Tunesien zu erhöhen, eine Subvention von 20,81 Mio. EUR.

Madlen Serban betont, dass das Arbeitsprogramm 2012 auf Prioritäten basiert. Die ETF plant und verwaltet ihre Tätigkeiten mithilfe eines tätigkeitsbezogenen Haushaltskonzepts, das darauf abzielt, ihre Ziele zu erreichen und ihre Ressourcen effizient zu nutzen. Es wurde eine Baseline festgelegt, um die Fortschritte im Jahresverlauf mittels quantitativer und qualitativer Indikatoren zu überwachen, und es wurden die wichtigsten mit den Tätigkeiten und Zielen verbundenen Risiken ermittelt, um geeignete

Maßnahmen zu ihrer Bewältigung zu ergreifen. Die Planung basiert auf einem Abstufungsgrundsatz sowie auf einem mehrdimensionalen Ansatz: geografisch, funktional und thematisch.

Der Kontext der Aktivitäten der ETF wird durch die Außenpolitik der EU sowie durch ihre internen Konzepte im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung geprägt. Der Turin-Prozess konsolidiert und erweitert das Konzept des politischen Lernens und fördert systematisch die evidenzbasierte Politikgestaltung.

Die Tätigkeiten der ETF auf Länder- und Regionalebene werden durch den Turin-Prozess 2010 sowie den kontinuierlichen Dialog mit wichtigen Interessenträgern im Jahr 2011 inspiriert. Anknüpfend an die für die einzelnen Partnerländer durchgeföhrten Analysen wurden thematische Politikbereiche für prioritäre Unterstützung im Einklang mit den folgenden fünf Kriterien ermittelt:

- Priorität in den Außenbeziehungen der EU und ihren vertraglichen Beziehungen mit dem Partnerland;
- Priorität der Humankapitalentwicklung in den Außenbeziehungen der EU mit dem Partnerland und der Partnerregion;
- prioritäre Behandlung der Humankapitalentwicklung in dem Land gemäß dokumentierten nationalen Strategien, Politiken und Mittelbindungen;
- Engagement der Interessenträger im Partnerland für die Humankapitalentwicklung, belegt durch ihren Beitrag zu und ihre Beteiligung an nationalen Reformstrategien;
- Einbindung anderer Geber in die Humankapitalentwicklung und die Zusammenarbeit, um Überschneidungen zu vermeiden.

Xavier Matheu legt dar, dass die ETF gemäß der mittelfristigen Perspektive im Jahr 2012 die folgenden wichtigsten Ziele hat:

- Stärkung der holistischen, evidenzbasierten Analyse der Berufsbildungsreform in den Partnerländern durch den Turin-Prozess;
- Stärkung der Kapazität der Partnerländer zur Entwicklung und Anwendung von Instrumenten für die evidenzbasierte Politikgestaltung;
- Verbesserung der Arbeitsmarktanalyse und -prognose in den Partnerländern und deren Unterstützung bei der Überprüfung der Berufsbildungssysteme unter diesem Gesichtspunkt;
- Unterstützung des Programmplanungszyklus der außenpolitischen Instrumente der EU und gegebenenfalls der externen Dimension der internen Politiken;
- Verbreitung relevanter Informationen über Fragen der Humankapitalentwicklung sowie Förderung des Austauschs einschlägiger Erfahrungen und bewährter Verfahren zwischen der Europäischen Union und den Partnerländern sowie unter den Partnerländern.

Für 2012 sind insgesamt 144 Ergebnisse geplant, und die Tätigkeiten der ETF werden in Dokumenten auf regionaler Ebene und auf Länderebene beschrieben. In jedem Partnerland wird diese Arbeit durch einen Umsetzungsplan operationalisiert. Im Bereich der Entwicklung themenbezogenen Fachwissens werden weiterhin ILP-Projekte für die Abstimmung von Angebot an und Nachfrage nach Kompetenzen und Bildung in verschiedenen Kontexten sowie für die Verbindungen zwischen Kompetenzen und Migration sorgen. 2012 wird in allen Partnerländern der ETF die zweite Runde des Turin-Prozesses durchgeführt werden, und in 11 Partnerländern werden die Aktivitäten des Torinet-Projekts fortgeführt werden.

Alastair Macphail erklärt, dass für 2012 eine Subvention aus dem EU-Haushalt in Höhe von 20,247 Mio. EUR vorgesehen ist, wovon 67 % auf Titel 1, 1,8 % auf Titel 2 und 25 % auf Titel 3 entfallen. Als Wissenszentrum ist der Hauptteil der Ausgaben unter Titel 1 für die Bereitstellung von Sachverständigen für die Partnerländer bestimmt, und daher werden 70 % der Subvention in operative Tätigkeiten investiert, 30 % werden für Gemeinkosten aufgewandt. Die allgemeine Aufschlüsselung des operativen Haushalts für 2012 sieht folgendermaßen aus: 30 % für die

Erweiterungsregion, 22 % für den südlichen Mittelmeerraum, 18 % für die Östliche Partnerschaft, 10 % für Zentralasien, 14 % für die Entwicklung themenbezogenem Fachwissen und 6 % für methodische Entwicklung zur Unterstützung der evidenzbasierten Politikgestaltung und des Wissensmanagements. Was die Humanressourcen anbelangt, wird die ETF den Planungen zufolge 134 Bedienstete haben, die 129,5 VZÄ entsprechen.

Micheline Scheys (Belgien) fragt, ob die ETF in den Beitragsdebatten mit Island eine Rolle spielen wird und ob die ETF im Bereich des arbeitsbasierten Lernens mit dem Cedefop zusammenarbeitet.

Madlen Serban erklärt, dass die ETF bereits mit Island zusammenarbeitet und dass die Aktivitäten zwischen dem Cedefop und der ETF aufgeteilt werden. Isländische Sachverständige sind vor allem in regionale Projekte eingebunden, bei denen andere Partnerländer von ihren Erfahrungen profitieren können. Die ETF kann – basierend auf Anfragen der GD ELARG – Informationen über Island anbieten. **Anastasia Fetsi (ETF)** erwähnt, dass die ETF im Bereich des arbeitsbasierten Lernens bereits mit dem Cedefop zusammenarbeitet und dass sich die beiden Einrichtungen 2012 bei der Beschäftigung mit dem Thema auf die praktische Ausbildung in Schulen konzentrieren werden.

Torben Kornbech Rasmussen (Dänemark) möchte mehr über den in den Debatten erwähnten Grundsatz der Konzentration erfahren und unterrichtet den Vorstand darüber, dass es während der dänischen Ratspräsidentschaft 2012 einige Aspekte geben wird, die für die ETF von Interesse sein könnten, unter anderem die Stärkung der Verbindungen zwischen Bildung und Arbeitsmärkten mit Schwerpunkt auf der Berufsbildung und insbesondere dem unternehmerischen Lernen, die Anerkennung des nicht formalen und des informellen Lernens sowie Benchmarks für die Beschäftigungsfähigkeit. **Madlen Serban** erläutert, dass das Konzept der Konzentration bedeutet, dass die ETF nicht in allen Ländern und Regionen in allen Funktionen tätig werden wird, sondern dass sie vielmehr Prioritäten setzen wird. Manche Funktionen sind für mehr als eine Region spezifisch. Die ETF wird die Anzahl der in einem bestimmten Land entwickelten Projekte rationalisieren, indem sie sich auf diejenigen mit dem höchsten Mehrwert konzentriert. Sie bringt die Bereitschaft der ETF zum Ausdruck, Möglichkeiten für die Zusammenarbeit unter der dänischen Ratspräsidentschaft zu erörtern.

Nuno Pestana (Portugal) schlägt unter Verweis auf die Prioritäten des Turin-Prozesses für Aktivitäten in den Partnerländern vor, dass die ETF die Qualitätssicherung einbeziehen sollte, um die Attraktivität der Berufsbildung zu fördern. Er bittet um Klarstellung zu den nach Funktionen festgelegten Aktivitäten im Arbeitsprogramm, da bei der Festlegung der Aktivitäten nach Land nicht alle Funktionen aufgeführt werden. Darüber hinaus könnte der jährliche Tätigkeitsbericht 2010 die auf Ersuchen der Kommission durchgeführten Aktivitäten besser reflektieren. **Madlen Serban** erklärt, dass sich die ETF auf Projekte zum Aufbau von Kapazitäten konzentrieren wird, da in den Partnerländern ein gewaltiger Bedarf an Unterstützung und eine begrenzte Absorptionskapazität besteht. Aus diesem Grund sind mehr Ergebnisse mit Funktion 2 verbunden. Das Fehlen von Ländern im Zusammenhang mit spezifischen Funktionen spiegelt den oben erwähnten Grundsatz der Konzentration wider. **Xavier Matheu** erläutert, dass sich die Ergebnisse für Ersuchen der Kommission auf eine Palette von Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Gewährung von Unterstützung für Kommissionsdienststellen beziehen, überwiegend Unterstützung bei der Programmplanung in Partnerländern. Die ETF führt eine Datenbank, in der die Ersuchen der Kommissionsdienststellen detailliert erfasst werden. Die organisationsinternen Ergebnisse haben eine umfassendere Dimension.

Alberto Cutillo (Italien) würdigt das Arbeitsprogramm als realistisch und ehrgeizig und ersucht um Klarstellung zur Mittelzuweisung für Aktivitäten im südlichen Mittelmeerraum. Er möchte wissen, ob die angegebenen 22 % einen Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr darstellen. In Anbetracht der jüngsten Entwicklungen in den arabischen Ländern sollten die Aktivitäten in der Region verstärkt werden. **Madlen Serban** antwortet, dass die Mittelzuweisung von 22 % für den südlichen Mittelmeerraum im Vergleich zu den Vorjahren einen Anstieg darstellt. Sollte das Gesamtbudget erhöht werden, könnten sogar noch mehr Aktivitäten entwickelt werden.

Jan Truszczyński bittet um Klarstellungen zur Flexibilität im Arbeitsprogramm 2012, insbesondere im Zusammenhang mit unvorhergesehenen Aktivitäten oder sich verändernden Realitäten in den Partnerländern. Er fragt, was in Bezug auf eine Umverteilung von Mitteln getan werden kann, wenn kurzfristig Änderungen der Prioritäten für die Zusammenarbeit und die Gewährung von Unterstützung erforderlich werden sollten. In ihrer Antwort führt **Madlen Serban** das Arbeitsprogramm 2011 als Beispiel an und zeigt auf, wie die ETF die Anpassung an die neuen Realitäten in Tunesien und Ägypten sowie in anderen Ländern im südlichen Mittelmeerraum bewältigt hat. Die ETF analysiert die Ersuchen des betreffenden Landes und priorisiert sie in einer mittelfristigen Perspektive, ist aber auch

in der Lage, auf dringende Erfordernisse zu reagieren. Im Falle Tunisiens konzentriert die ETF ihre Aktivitäten auf die Überwachung des Fahrplans für Beschäftigung sowie auf die Durchführung dringender Aktivitäten, die bis Ende des Jahres umgesetzt sein müssen. Gefördert werden Aktivitäten im Bereich der Kompetenzen für KMU, in die die Zivilgesellschaft – einschließlich der Sozialpartner – eingebunden ist, um diese zur Teilnahme am Dialog in der Berufsbildung und der Regionalentwicklung zu befähigen.

10. Sonstiges

Alessandro Brolpito (ETF) stellt das Dashboard vor, ein neues Management-Tool der ETF. Es handelt sich um eine Softwarelösung, die zur Verbesserung des effizienzorientierten Managements bei der ETF entwickelt wurde. Es hat drei Komponenten: *Planung* zur Unterstützung der Baseline-Planung der zugewiesenen Mittel, Veranstaltungen und Veröffentlichungen, *Überwachung* zur Verbesserung der Kohärenz, Relevanz und Messbarkeit der Mittelverwendung und *Berichterstattung* zur Verbesserung der Kohärenz und Effizienz von Fortschrittsberichten. Es werden Beispiele für seine Funktionsweise gegeben. **Madlen Serban** erklärt, dass die ETF dafür Sorge tragen wird, dass alle Vorstandsmitglieder Zugang zum Dashboard haben.

Sofia Sakali (ETF) stellt die Evaluierungen vor, welche die ETF im Zeitraum 2009-2010 in Bezug auf Veröffentlichungen der ETF, das Programm für unternehmerisches Lernen, die Unterstützung der Partnerländer, die Innovations- und Lernprojekte sowie den Turin-Prozess 2010 durchgeführt hat.

Madlen Serban dankt im Namen der ETF Referatsleiterin Belén Bernaldo de Quirós und Elena Pascual Jiménez von der GD Bildung und Kultur für ihre Unterstützung und Mitwirkung, da dies die letzte Vorstandssitzung war, an der sie teilgenommen haben. **György Szent-Léleky (Ungarn)** bringt auch die Wertschätzung des Vorstands für die beiden Vertreter der Kommission zum Ausdruck.

11. Datum der nächsten Sitzung

Die nächste Sitzung des Vorstands wird am **22. November 2011** in Turin stattfinden.

Folgemaßnahmen:

- Die ETF wird Kurzbeschreibungen der in den Partnerländern durchgeführten Aktivitäten im jährlichen Tätigkeitsbericht 2011 geben.
- Ein Vorstandsmitglied wird als Beobachter an dem Auswahlgremium für den stellvertretenden Direktor der ETF teilnehmen.
- Die Geschäftsordnung der ETF wird zur Annahme im schriftlichen Verfahren vorgelegt werden, nachdem die Stellungnahme der Kommission zu dem Dokument vorliegt.
- Die ETF wird den Mitgliedern des Vorstands der ETF Zugang zum Dashboard gewähren.
- Die Struktur der Vorstandssitzung wird angepasst, um mehr Zeit für Erörterungen während des informellen Treffens zu geben.